

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a. Fernruf: F 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 177. B

BERLIN • Sonnabend, den 30. Juli 1932

1. JAHRGANG

# Der Rausch des Bürgerkrieges.

## Das Gesicht der „Volksgemeinschaft“. / Auch unter Preußenkommissar täglich Tote und Verwundete. / SA als Polizisten.

### Anhaltender Bürgerkrieg.

In Eilendorf kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einem schweren Zusammenstoß, in dessen Verlauf ein Nationalsozialist so schwer verletzt wurde, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

In Kahnsdorf bei Borna wurde ein junger Schlosser von einem Nationalsozialisten erstochen, der angeblich in Notwehr gehandelt haben soll.

In Wülfrath kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei dem ein Kommunist durch eine Schreckschußpistole am Auge verwundet wurde.

In Köln kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen den feindlichen Lagern, ohne daß ernstere Verletzungen entstanden. Die Polizei beschlagnahmte eine Schußwaffe und mehrere Hieb- und Schlagwaffen.

In Notensdorfplatz zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Eine Reihe von Straßenbahnarbeitern stellte sich dabei auf die Seite der Kommunisten, wobei sie mit ihren Schraubenschlüsseln einige Nationalsozialisten verletzten. Die Polizei nahm einige von ihnen fest.

In Kamen bei Dortmund überfielen Nationalsozialisten einen Reichsbannertrupp, indem sie mehrere Schüsse in ihn hineinknallten.

Der 18 Jahre alte Reichsbannermann Fritz Ferkau wurde dabei erschossen; auch ein Nationalsozialist wurde schwer verletzt. Sechs Nationalsozialisten wurden verhaftet.

### Strafexpeditionen.

Auf die Wohnung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Bugdahn in der Siedlung Steenkamp bei Altona wurden in der Nacht zum Donnerstag neun scharfe Schüsse durch die mit Holzläden geschützten Fenster der Wohnung abgegeben. Die Täter sind bisher noch unbekannt. Es ist aber kaum ein Zweifel, daß es Nazis sind. Wie der nationalsozialistische „Eisenhammer“ schrieb, den wir gestern zitierten, wird die „Selbsthilfe“ jetzt dort eingesetzt, „wo sie allein erfolgversprechend ist“ — d. h. bei den Funktionären!

Um die Aufklärung der Altonaer Schlägereien bemüht sich der Oberstaatsanwalt in Altona durch Aussetzung einer Belohnung von 5000 Mark für die Ermittlung von Personen, die den Feuerüberfall am 17. Juli in Altona vorbereitet oder daran als Schützen teilgenommen haben, oder aber auch für die Mitteilung von Tatsachen, die zur Ueberführung dieser Personen dienen können.

Es ist gewiß zu loben, wenn der Staat sich um die Aufklärung von Ueberfällen bemüht. Aber wir müssen doch bedenken, daß in einem solchen Falle wie dem vorliegenden leicht Denunzianten angelockt werden, die bedenkenlos jeden Eid leisten, wenn er honoriert wird. Die fürchterlichen Zeiten, in denen wir leben, haben längst bei einem nicht kleinen Teil der Menschen jede Achtung vor dem Eide oder auch vor den Folgen eines Falscheides in Hinsicht auf den von diesen Folgen Betroffenen erstickt. Damit muß der Herr Oberstaatsanwalt rechnen, wenn er nicht eine Beute skrupelloser Angeber werden will.

Nach dem Abschluß der Prüfung der Ermittlungsakten durch die Staatsanwaltschaft in Brieg hat diese wegen der Zusammenstöße am 10. Juli in Ohlau nunmehr Anklage erhoben. Die Berichte gerade über diesen Zusammenstoß waren derartig voneinander abweichend, daß es schwer halten wird, über diese Vorfälle noch die Wahrheit zu ermitteln.

### Um die Bewaffnung. Großzügiger Waffendiebstahl aufgeklärt.

Kassel, 28. Juli. Wie der Telegraphen-Union vom Polizeipräsidenten mitgeteilt wird, ist es den Bemühungen der politischen Polizei in Kassel nach umfassender Tätigkeit nunmehr gelungen,

einen im Dezember 1930 in der Polizeiunterkunft ausgeführten Waffendiebstahl, bei dem rund 80 Pistolen und rund 6000 Schuß Pistolen-Munition entwendet wurden, aufzuklären. Haupttäter ist der frühere Polizeiwachmeister der Kasseler Polizei, Krick. Als Mittäter kommen drei Angehörige der NSDAP in Betracht. Ein Teil der gestohlenen Waffen ist bereits sichergestellt.

Der Polizeipräsident von Kassel, Hohenstein, wurde vor einigen Tagen abgebaut. Vielleicht auf die „Anregung“ Herrn Freislers hin, der aus Kassel stammt und dessen Pg. die 80 Pistolen gemaust haben. Ueber Freislers Qualitäten als Mensch und Abgeordneter unterrichtet ein Antrag an den Preußen-Landtag in Sachen Frau Weiß, der selbst den Pg. Freislers und der „Berliner Börsen-Zeitung“ zu stark war. — Jedenfalls war die Maßregelung Hohensteins unberechtigt, genau so, wie wohl die der meisten abgebauten Beamten.

### Schwere Beschuldigung gegen einen Landrat.

Die Telegraphen-Union erfährt aus „unbedingt zuverlässiger Quelle“: Unter dem Vorsitz des jetzt in den einstweiligen Ruhestand versetzten Landrats Christians in Blumenthal hatte eine Landjägersammlung stattgefunden, während der eine Oberlandjäger dem Landrat darüber Meldung erstattete, daß sich in dem Hause einer bestimmten Gemeinde des Kreises zwei Maschinengewehre mit beträchtlichen Munitionsvorräten befänden. Der Landrat wies die Landjägereibeamten an, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen und knüpfte daran die Bemerkung,

daß sich diese Waffen in guten Händen befänden und bei einer bevorstehenden Auseinandersetzung gut gebraucht werden könnten. Die Maschinengewehre befanden sich in linksradikalen Händen.

Von seiten der Landjägereibeamten wurde diese Tatsache der vorgesetzten Behörde zur Kenntnis gebracht. Bei seiner Vernehmung gab Landrat Christians an, daß er sich an die Vorgänge in der Landjägerei-Versammlung nicht mehr genau erinnern könne, er hätte aber keinen Beamten zu einer Dienstverletzung verleitet.

Als die Beschlagnahme der Maschinengewehre höheren Ortes angeordnet wurde, waren die Gewehre bereits abtransportiert und sind bis heute noch nicht gefunden worden. Landrat Christians ist Mitglied der SPD. Der Regierungspräsident Dr. Rosen in Stade, dem die Vorgänge in Blumenthal zur Kenntnis gegeben worden waren, hat lediglich den betreffenden Landrat zur Aeußerung nach Stade beordert und, als ihm die oben erwähnte Auskunft gegeben wurde, eine schriftliche Stellungnahme des Landrats Christians angefordert. Eine solche ist bis heute nicht erfolgt.

Aus Zwickau erfahren wir, daß unter dem Verdacht des unerlaubten Waffenbesitzes und -transportes verhaftet wurden: der sozialdemokratische Parteisekretär Joseph Päckert, der Schriftsetzer Berthold Schäd, der Eisenbahnsekretär Glöckner und der Wiesenburger Reichsbannerführer Haucke. Es handelt sich insbesondere um eine angebliche Bewaffnung des Reichsbanners.

Auch nach Chemnitz hin sollen die Fäden des Waffenbesitzes laufen. Der Gausekretär des „Reichsbanners“, Franz Müller in Chemnitz, wurde im Zusammenhang hiermit vorläufig festgenommen.

Aus Bunzlau wird gemeldet: Am Donnerstag traf in aller Frühe ein Kommando der Görlitzer Schutzpolizei in Bunzlau ein, das mit Kriminalbeamten eine Hausdurchsuchung im Bunzlauer Volkshaus und im SA-Heim durchführte. Während im Volkshaus Hieb- und Schlagwaffen gefunden wurden, wurden aus einem Versteck im SA-Heim vier Revolver, ein Terzerol, zwei feststehende Dolche und ein Seitengewehr herausgeholt. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Es sollen auch einige Personen festgenommen worden sein.

### Genossen, haltet den Ausweg frei.

Von Fritz Grob.

In der Abstimmung, die am Sonntag stattfindet, wird festgestellt werden, ob sich die Massen des Volkes von einer unsagbar hirnverbrannten Politik elender Schwätzerei abwenden oder nicht. Menschen mit gesundem Sinn und Verstand verlangen sehnlichst nach der Abwendung.

„Die Idee des Nationalsozialismus ist etnmalig, sie ist untrennbar mit dem Führer verbunden und kann nicht begriffen werden. Diese Idee darf nicht diskutiert werden; wer sie diskutiert, spaltet sie.“ Wessen Philosophie ist das? Die Philosophie des Dr. Goebbels, wie sie leibt und lebt.

Und die Philosophie des „Führers“ selber: „Es kommt in dieser Welt auf nichts anderes an als auf Masse; alles andere ist Blech.“

Indem die NS „die Stimme des Blutes“ an Stelle des Verstandes auf den Thron setzen, suchen sie sich einen Freibrief für ihre Willkürherrschaft in der Politik zu verschaffen.

Den kämpfenden Arbeitern, gleichviel, in welchem Lager sie sich befinden, kann diese Politik teuer zu stehen kommen, wenn sie sich, gleichsam zur Abwechslung, von solchen Irrlichtereien anlocken lassen. Wir glauben nicht, daß dies bei der Wahl am Sonntag der Fall sein wird.

Um so mehr gilt aber unsere Aufmerksamkeit jenen anderen Arbeitern, die — infolge der Irrlichtereien in der Arbeiterbewegung selber — irre geworden sind an dem Wert des Kampfes der Arbeiterklasse. Ja, daß sie sogar in der Gefahr sind, den simpelsten Anforderungen der Vernunft entgegen, nicht mehr zu dem Urteil fähig zu sein, daß — bei all ihrem Pessimismus — es jedenfalls für ihr Arbeiterinteresse keinen Schaden bedeutet, wenn sie ihren Stimmzettel gegen die Reaktion abgeben — also für eine der beiden Arbeiterparteien, statt durch Wahlenthaltung das Stimmenverhältnis zu Gunsten der arbeitfeindlichen Reaktion zu gestalten.

Diese Anforderung ist so simpel, daß man sich zwingen muß, sie überhaupt niederzuschreiben. Der Menschheit ganzer Jammer faßt einen an, wenn man so des Tiefstandes inne wird, auf den die Arbeiterschaft gesunken ist.

Bei der niederdrückenden Kraft, die von einer solchen Feststellung ausgeht, ist es gut, von den Umständen etwas zu sagen, die dies ermöglichen, um den Ausweg zu zeigen, die Kräfte der Abwehr anzufachen. Wir leben im Zeitalter der Phrase, des Schwätzens ohne Sinn und Verstand. Daran ist nicht zuletzt Schuld der Umstand, daß in fast allen Organisationen politische Entscheidungen durch Abstimmungen, aber auf demokratischem Wege, herbeigeführt werden. Der Kampf um die Stimmen steht im Vordergrund. Alle Mittel der Technik des Stimmenfangs sind erlaubt. Stimmen werden gezählt, nicht Argumente gewogen. Deshalb kann man einander vorbereiten, ohne Herzenslust, kann eine Walze ablaufen lassen und braucht sich ums Denken nicht mehr zu bemühen. Es kommt auf die Stimmungsmache an, nicht auf die Richtigkeit der Entscheidung. Der Finger wird gefordert, nicht das Urteil. So will es jedenfalls das demokratische Entscheidungsprinzip; mag der Einzelne nebenbei auch an die Richtigkeit der Entscheidung denken, das ist seine läbliche Privatsache, das Prinzip verpflichtet ihn jedenfalls nicht dazu.

### Ehemalige SA-Leute als Polizisten.

Das oldenburgische Staatsministerium (NS) hat beschlossen, die staatliche Polizei vorübergehend erheblich zu verstärken. Der oldenburgische Staatsminister Pauly erklärt dazu: Die eingestellten Hilfspolizisten sollten längstens bis Mitte August Dienst tun; es handele sich bei allen Neuinstellungen — insgesamt rund 200 Mann — um frühere SA-Leute, die aber die Verbindung zur Partei gelöst hätten. (!) Es blieb schlechthin keine andere Möglichkeit, als die Vergrößerung des Polizeibeamtenkörpers durch ehemalige SA-Leute durchzuführen, weil es anders gar nicht denkbar (!) gewesen wäre, entsprechend der gebotenen Eile innerhalb weniger Tage die notwendige Verstärkung auf die Beine zu bringen.

Damit kommen wir zu dem zweiten wesentlichen Grund, der zu den heutigen versumpften Zuständen geführt hat, in dem die Demokratie als Entscheidungsprinzip ihrerseits ihre Wurzel hat: zu dem herrschenden Geist des Relativismus.

Man trifft außerhalb des ISK selten einen Genossen, der auf die Kritik an der Demokratie, daß es in ihr nur auf die Stimmen, nicht auf die Richtigkeit der Entscheidung ankommt, nicht antwortet: „Was ist richtig? Was ist gerecht? Alles ist relativ“. Wenn er auch schon nicht viel mehr weiß, als diese alberne, weil in sich widerspruchsvolle Behauptung —, aber das glaubt er zu wissen. Und töliche Verlegenheit oder Achselzucken tritt ein, wenn wir ihm antworten: „Also ist deine Weisheit: „Alles ist relativ“ auch relativ!“

Aus diesem Widerspruch flüchtet sich jeder auf seine Weise: Die Demokraten, indem sie sein Bestehen ignorieren, die marxistischen Dialektiker, indem sie die gesunde Logik als „bürgerliches Denken“ preisgeben und den Widerspruch zum Prinzip erheben! Und wie steht es mit Hitler? — Er ist nichts weniger als Relativist: „Es kommt in dieser Welt auf nichts anderes an als auf Rasse; alles andere ist Blech“. Und auf welchem Boden ist dieses Fruchtbare gewachsen? So wie die Demokratie der beste Nährboden ist für den Faschismus — in Deutschland ist dies heute nicht nur theoretisch wissenschaftlich, sondern experimentell durch die Geschichte bewiesen —, so ist der Relativismus der Boden für alle Unkräuter despotischer Ignoranz. Denn das aufgeweckte Denken erklärt diesen Despotismus auch für relativ und glaubt ihn mit dieser Feststellung erledigt zu haben.

Der Relativismus also in Wahrheit beseitigt den Widerstand, den die nationalsozialistischen Phrasen bei vernünftiger Denkwiese finden würden. Der demokratische Staat überläßt alle Machtmittel, die praktischen und theoretischen, kampfflos den Händen seiner faschistischen Gegner.

Der ISK hat die Lehren aus diesen Erfahrungen auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis längst vorweggenommen. Seine Grundsätze sind nicht relativistisch. Der Kampf für den Sozialismus ist eine Pflicht. Wer die Dringlichkeit des Sozialismus erkannt hat und nicht dafür kämpft, verletzt seine Pflicht. Der Aufbau des ISK ist nicht demokratisch, sondern führerschaftlich. Charakterfestigkeit ist die oberste Forderung, die seine Funktionäre erfüllen müssen.

Die Erfahrungen aus unserer heutigen betrüblichen Lage sind also längst gezogen und organisatorisch verankert. Wenn es ernst ist um den Sozialismus, dem ist hier der Ausweg gezeigt. Es ist der einzige Weg zum Sozialismus.

Genossen, haltet diesen Ausweg frei! Sorgt daß alle ihn frei halten! Wo ihr am Sonntag wahlmüde Arbeiter vermutet, geht und sorgt, daß sie gegen die Reaktion, für eine der beiden Arbeiterparteien ihre Stimme abgeben.

### Englische Eisenbahner gegen Kriegspolitik und Reaktion.

(ITF) Der am 4. bis 9. Juli in Folkestone stattgefundenen Kongreß des englischen Eisenbahnverbandes (NUR) hat folgende Resolution über die politische Lage einstimmig angenommen:

„Der Kongreß stellt mit Bedauern fest, daß infolge des Mißerfolges der Kandidaten des Eisenbahnverbandes bei den Parlamentswahlen im Jahre 1931 das Eisenbahnpersonal zum erstenmal nach 30 Jahren ohne parlamentarische Vertretung ist, besonders als Folge der Haltung von vier früheren Mitgliedern der Arbeiterregierung, die sich mit den Liberalen und den Konservativen verbunden haben, in dem erbitterten Versuch, die Arbeiterpartei um die gesamte parlamentarische Vertretung zu bringen. Der Kongreß erklärt, daß diese Regierung ein Versagen und eine Gefahr für das Wohl des Volkes nach innen und nach außen bedeutet. Er ruft deswegen alle Arbeiter auf, sich zu einer energischen politischen Aktion zusammenzuschließen, um anstelle der jetzigen reaktionären Regierung eine Arbeiterregierung zu errichten, die die jetzige veraltete kapitalistische Ordnung in eine sozialistische überführen wird, als die einzige Hoffnung auf den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.“

„Wir sind entschlossen, unsere ganze wirtschaftliche Macht einzusetzen, um der Kriegspolitik der jetzigen Regierung Einhalt zu tun.“

# Kritische Tage für die Völkerbunds-kolonie Oesterreich.

S. H. Nach eingehenden Beratungen des Ministerrats und einiger Fraktionen des Nationalrats gelangt in diesen Tagen das Protokoll über die Anleihe für Oesterreich im österreichischen Nationalrat zur Verlesung. Bei der starken Vertretung, die die österreichische Rechte im Nationalrat hat, und bei den politischen Bedingungen, die das Protokoll enthält (Beziehung auf das Genfer Protokoll von 1922, in dem der deutsch-österreichische Anschluß verboten worden ist), hat die Regierung, die das Lausanner Protokoll verteidigt, mit starkem Widerstand zu rechnen.

Durch Verhandlungen mit der parlamentarischen Fraktion des Heimatblocks hat der Ministerrat versucht, sich die Zustimmung dieser Fraktion und dadurch eine knappe Mehrheit zu sichern. Diese Fraktion hatte erklärt, daß das Lausanner Protokoll nicht annehmbar sei, solange nicht das wirtschaftliche Programm des Heimatblocks angenommen und wenigstens teilweise durchgeführt worden sei. In dem Ministerrat vom Donnerstag hat daraufhin der österreichische Bundeskanzler, Dollfuß, zustimmend geantwortet: Die hinsichtlich eines wirtschaftlichen Aufbauprogramms geäußerten Wünsche des Heimatblocks entsprächen dem Arbeitsprogramm der Regierung, das diese unter allen Umständen durchzusetzen entschlossen sei. Der Heimatblock nahm den

Handel an: Sein Vertreter in der Regierung, Jakontschik, gab schon im Ministerrat die Erklärung ab, er stehe voll und ganz hinter der Regierung. Wie es heißt, hat die Parteileitung die Fraktionsmitglieder verpflichtet, für das Protokoll zu stimmen.

Der Ausgang der Abstimmung ist damit noch nicht gesichert. Bei der Opposition, die von den Großdeutschen geleistet wird, kann die Regierung im besten Fall nur mit einer schwachen Mehrheit rechnen. Auch diese ist aber bedroht, da anscheinend nicht alle Heimatblockdelegierten Parteidisziplin wahren: In der Nationalratssitzung am Donnerstag, in der die Verlesung des Protokolls begonnen wurde, fehlten einige von ihnen, wie man meint, aus Protest gegen das Lausanner Protokoll.

Diese Donnerstagssitzung war kurz. Dollfuß verteidigte das Protokoll gegen die Angriffe der Rechten. Seine Annahme sei „eine völkische Tat für die Erhaltung des Deutschlands in Oesterreich“; denn es gelte, Oesterreich für eine bessere politische Zukunft zu erhalten. Die Rede wurde von den Christlich-Sozialen mit starkem Beifall, von den Großdeutschen mit lärmenden Zwischenrufen aufgenommen: „Das ist eine österreichische Schande!“ Die Aussprache wurde auf Freitag verschoben.

### Blutige Unruhen in Washington.

Die amerikanischen Kriegsteilnehmer, die vor Wochen in dem „Zug auf Washington“ aus allen Gegenden der USA zur Hauptstadt gezogen waren, um für die Auszahlung einer Kriegsrente zu demonstrieren, wohnen noch immer in großen Scharen in Washington. Zwischen ihnen und der Polizei kam es am Donnerstag zu heftigen Zusammenstößen, als die Polizei ein sonst leerstehendes Regierungsgebäude, in dem Veteranen Unterkunft gefunden hatten, räumen wollte. Etwa 200 Demonstranten setzten sich zur Wehr und bewarfen die Polizei mit Steinen. Erst als die Polizei Verstärkung erhielt, wurden die Veteranen zurückgedrängt.

Die Regierung ordnete nun an, daß das ganze Gebiet um die Regierungsgebäude herum von den Lagern der Demonstranten geräumt werden solle. Die Polizei erwies sich dieser Aufgabe allein nicht gewachsen, da die Kriegsteilnehmer sich kräftig widersetzen. In den Kämpfen wurden 16 Polizeibeamte und zwei Veteranen verletzt, ein Veteran getötet. Als die Polizei nicht durchdrang, wurde Militär eingesetzt, das mit Tränengas, Schußwaffen und einem Tank die Demonstranten zurückschlug. Ein Barackenlager, das in dem zu räumenden Gebiet lag, wurde von der Polizei in Brand gesteckt.

Hoover rechtfertigte nachträglich das scharfe Vorgehen der Bundesregierung so, wie das in den USA bei dergleichen Anlässen üblich ist: „Viele Teilnehmer an dem „Veteranen-Marsch nach Washington“ seien gar keine Kriegsteilnehmer, sondern Kommunisten und vorbestrafte Elemente.“

### Zur Regelung der Kriegsschuldenfrage.

Die sozialistische französische Zeitung „Populaire“ meldet, daß sich der Finanzminister Germain Martin um den Posten des französischen Botschafters in Washington bemüht habe und daß Herriot diesem Wunsch wohlwollend gegenüber stehe. Die Absicht Germain Martins geht anscheinend dahin, die Verhandlungen über die Regelung der Kriegsschuldenfrage persönlich zu leiten.

Um eine friedliche Beilegung des Streits zwischen Bolivien und Paraguay, die anscheinend unmittelbar vor einem Krieg standen, bemühen sich jetzt außer den südamerikanischen Staaten Argentinien, Chile, Peru und Brasilien auch Frankreich und England. Die Vermittler wollen gleichzeitig an die Regierungen der beiden streitenden Mächte herantreten, um eine Verständigung zustandezubringen.

### Danzig-Propaganda.

Der Seelien Ostpreußen hat zu stark verbilligten Preisen Fahrten mit dem Motorschnellschiff „Preußen“ nach Danzig und Memel eingerichtet. Fahrtunterbrechung ist gestattet.

Trotz der gewährten Ermäßigung sind die Fahrpreise be-greiflicher Weise so hoch, daß die Arbeiterschaft schon dadurch von diesen Ausflügen ausgeschlossen ist. Ihr geht damit nichts verloren; denn in diesem offenbar nationalistischen Unternehmen hat sie nichts zu suchen.

Auf den Protest des chinesischen Gesandten in Tokio gegen die Zusammenziehung japanischer Truppen in der Gegend von Kintschau antwortet Japan mit einer Drohung. Die gesamte japanische Presse bringt eine offenbar aus japanischen Militärkreisen stammende Mitteilung, in der es heißt: Sobald die Truppen Tschang-Hsue Liangs die Front bei Kintschau überschritten, werde die japanische Armee „ihrem mandchurischen Verbündeten“ zu Hilfe eilen und gegen die chinesischen Truppen vorgehen. — Die Kämpfe bei Kintschau sind, wie wir schon gestern meldeten, längst im Gang.

Der japanische Offizier Ischimoto, dessen Gefangennahme in der Provinz Jehol den Anlaß zu dem japanischen Überfall auf diese Provinz gab, ist Donnerstag wieder freigelassen worden.

### Amerikanischer Beobachter in Moskau.

Nach längeren Besprechungen zwischen amerikanischen Industriellen und dem russischen Außenkommissariat ist beschlossen worden, daß der amerikanische Industrielle Popp als ständiger amerikanischer Beobachter nach Moskau entsandt werden soll.

Im russischen Außenministerium zu Moskau wurden am Donnerstag die Ratifikationsurkunden des russisch-lettischen Nichtangriffspaktes ausgetauscht.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hatte gemeldet, daß die „Rheinische Zeitung“ (SPD) von der preußischen Regierung 250 000 Mark Subventionen erhalten habe. Die „Rheinische Zeitung“ teilt dazu mit, daß daran kein wahres Wort sei.

Auch die „Kölnische Volkszeitung“ (Zentrum) teilt mit, daß sie niemals Subventionen von der preußischen Regierung erhalten habe.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

Copyright by Malik-Verlag 1932 THEODOR PLIVIER.

Nach ihm steht ein Zivilist auf der kleinen Anhöhe, die zur Tribüne geworden ist.

„Kameraden, Parteigenossen...“ beginnt er. Ein geübter Redner, aber er wird von allen Seiten unterbrochen.

„Wer ist denn das?“

„Das ist doch Garbe!“

„Der Gewerkschaftsvorsitzende.“

... von den Werftarbeitern ist eine ähnliche Sache geplant. Darum, Kameraden und Genossen, fordere ich euch auf, mit eurer Bewegung noch ein bis zwei Tage zu warten, und dann werden wir gemeinsam, machtvoll und kraftvoll...“

Ein wildes Geplätsch setzt ein.

„Schluß!“

„Aufhören!“

„Wir warten nicht mehr!“

„Das dauert schon viel zu lange! Inzwischen haben sie wieder ein paar von uns erschossen!“

„Denkt an Alwin Köbis!“

„Und an Reichpietsch!“

Ein Matrose löst den Gewerkschaftsbeamten ab:

„Wir haben uns lange genug von den Bonzen an der Nase herumführen lassen. Das ist jetzt vorbei! Überall sind Kameraden von uns eingesperrt. Die Gefängnisse sind nicht mehr groß genug. Auch hier in der ‚Waldwiese‘ sitzt eine Kompanie von der Matrosendivision, die haben sie hier eingesperrt und heute nicht rausgelassen...“

An mehreren Stellen gleichzeitig werden Reden gehalten. Am Rande des Gehölzes spricht ein Matrose von einem Baum herunter.

Ein Werftarbeiter steht auf einem Schotterhaufen:

„Wir sind vollständig auf seiten der Kameraden von der Marine, und wir versprechen unsere Unterstützung; wenn es sein muß, gegen die Gewerkschaften! Eure Kameraden sitzen hier in der ‚Waldwiese‘ und in der Feldstraße und in den Zuchthäusern. Und unsere besten Führer sind auch eingesperrt. Wir fordern die Freilassung sämtlicher politischen Ge-

fangenen. Und wenn unsere Forderungen nicht anerkannt werden, dann werden wir in den Generalstreik treten! Kameraden, wir müssen gemeinsam handeln: gegen die Offiziere, gegen die Kriegsgewinnler, gegen...“

Vor der „Waldwiese“ bricht ein Tumult aus.

Die große Masse kann wegen der Entfernung nicht genau sehen, was los ist. Aber dann klirren Fensterscheiben. Das von der Menge umringte Schilderhaus bewegt sich, wird hochgehoben, macht eine Drehung und stürzt krachend zu Boden. 10 000 Menschen bewegen sich auf die „Waldwiese“ zu.

Ein allgemeines Johlen und Pfeifen setzt ein. Auf der Treppe ist ein Feldweibel aufgetaucht, mit einer Pistole in der Hand, und hinter ihm treten zaghaft ein paar Wacht-soldaten heraus.

Die Masse brandet die Stufen hoch. Der Feldweibel geht sofort unter. Die Posten geben ihre Gewehre freiwillig ab. Wie ein Ring zieht die Masse sich um das Gebäude zusammen. Die Türen splintern. Kein Fenster bleibt ganz. Ein Haufen hat einen Telegraphenpfahl angehackt. Hände, Köpfe, Schultern, — der Pfahl wankt, bricht aus dem Erdboden und legt sich der Länge nach um. Mit Stiefeln werden die Telegraphendrähte abgefetzt. Die Verbindung nach Kiel ist unterbrochen.

Die Luft erzittert vor tausendstimmigem Triumphgeschrei. Einer der internierten Matrosen steigt durch Fenster. Hände strecken sich ihm entgegen. Und dann kommen sie durch Fenster und eingeschlagene Türen, truppweise, ein Dutzend, einige Dutzend, eine ganze Kompanie.

Aus der Menge ertönen Rufe: „Jetzt rein nach Kiel!“

„Nach der Arrestanstalt!“

„Nach der Feldstraße!“

Noch einmal taucht der Flandernmatrose über der Menge auf. Er steht auf dem umgestürzten Schilderhaus, schwenkt seine Mütze in der Hand und brüllt über die Köpfe weg:

„Kameraden, das ist erst der Anfang! In Kiel sitzen Hunderte, und in Wilhelmshaven auch, und im Zuchthaus Rendsburg und in der Festung Köln. Jetzt marschieren wir! Raus die Gefangenen!“

Die Masse nimmt den Ruf auf:

„Raus die Gefangenen!“

Die Spitze setzt sich in Bewegung. Sie marschieren, die Heizer und Matrosen von S. M. S. „König“, vom „Markgraf“,

vom „Großen Kurfürst“, vom „Kronprinz“ und die befohlenen Matrosen von der „Waldwiese“. Werftarbeiter und Fräuen marschieren im Zuge mit. Ein Stück geht es die Hamburger Chaussee entlang und dann in das Sophienblatt hinein. Die Stadt ist erreicht.

Fenster werden geöffnet. Vor den Haustoren drängen sich die Bewohner, Arbeiterfrauen, Urlauber, in alten Feld-uniformen. Kinder laufen neben den Matrosen her.

„Friede!“

„Freiheit!“

„Raus die Gefangenen!“

Aus den Fenstern wird mit Tüchern gewinkt.

Es wird herunter gerufen:

„Bravo!“

„Das ist richtig!“

„So muß es kommen!“

Die Matrosen rufen zurück:

„Nieder der Krieg!“

„Nieder der Kaiser!“

„Es lebe die Republik!“

„Hoeh die Internationale!“

Am Bahnhof stößt der Zug auf eine Patrouille: ein Deck-offizier, ein Dutzend Torpedobootsmatrosen; im Laufschrift kommen sie an.

„Was ist hier los, wo wollt ihr hin?“

„Das geht dich einen Dreck an!“

„Nach der Feldstraße!“

„Nach der Arrestanstalt!“

„Die Gefangenen rausholen!“

„Ich erkläre euch für verhaftet!“

Tosendes Gebrüll ist die Antwort. Der Deckoffizier versucht, sich mit seinen Leuten an die Spitze des Zuges zu setzen, so, als ob er die unübersehbare Menge hinter sich ab-führte.

„Mensch, du bist wohl dämlich!“

„Dir haben sie wohl zu heiß gebadet?“

„Jetzt verschwinde, aber ein bißchen plötzlich!“

Der Flandernmatrose, der den Zug anführt, drängt den Deckoffizier zur Seite.

Die Torpedobootsmatrosen sind mit Pistolen bewaffnet.

„Entsichern!“ befiehlt der Deckoffizier.

Gleichzeitig greift er nach seiner Tasche.

(Fortsetzung folgt.)

# Aus den Wahlschlachten.

## Eiserne Front.

### Haubach in Reinickendorf.

M. S. Am Donnerstag abend fanden in Berlin mehr als 30 Kundgebungen der „Eisernen Front“ statt. Ich fuhr zu der Versammlung in Reinickendorf, in der der gerade seines Postens enthobene sozialdemokratische Leiter der Berliner Polizei-Pressestelle, Haubach, sprechen sollte. Die Reichsbannerleute, Sozialdemokraten und Gewerkschafter des Bezirks waren da. Keiner von ihnen brauchte in seinem politischen Urteil befestigt zu werden; es herrschte keinerlei Erregung; kein Gegner war mit Zwischenrufen da; kein Nazi auf der Straße, in der Versammlung, nicht einmal ein Schupmann. Wer als Nichtkenner deutscher Verhältnisse in eine dieser Versammlungen kommen würde, drei Tage vor der Wahl des 31. Juli 1932, müßte glauben, das sozialdemokratische System sei nicht nur eine in Deutschland wohlbefestigte und respektierte Einrichtung, sondern der Stimmentzettel hätte auch das Wunder ausgeübt, die Rechte und Freiheiten der Arbeiterschaft langsam aber sicher zu steigern.

Nüchterne ernste Menschen waren es, die diese Stimmung zeigten. Sind sie wirklich frei von Sorge? Oder bauen sie so fest auf die Abwehrkräfte, die sie in ihren eigenen Reihen bereit gemacht haben? Welch unerhört starkes Reservoir an Besonnenheit und Festigkeit stünde hier entschlossenen Führern zur Verfügung. In diesen Reihen haben die aufgeregten Versprechungen eines Goebbels keinerlei Einbruch zu Wege gebracht.

Eins freilich bleibt erstaunlich: auch jede Kritik an der Politik der eigenen Partei scheint verschwunden zu sein. Haubach hielt eine Rede, die mit dem Gegner, der Papen-Regierung und Hitler, abrechnete. Er sprach lebhaft und schlagend, stark von dem Widerstand gegen die Phrasen Hitlers und seiner Mitarbeiter. Eine solche Rede läßt nicht viel Zeit zum Ueberlegen, sie lebt von den Fehlern der andern. Aber die christliche Begeisterung zu jedem Wort, das Haubach zu Ehren der sozialdemokratischen Politik und des Kampfwillens der Eisernen Front sagte, ließ erkennen, daß hier ein unerschütterter Glaube auch an die Führung dieser beiden Organisationen erhalten geblieben ist, der ihnen beiden in dieser Gefahrenzeit gewiß zu Gute kommt, der aber in seinem erschreckenden Mangel an kritischer Ueberlegung eine gleich große Gefahr für die reformistischen Führer wie für ihre Anhänger darstellt.

Haubach hielt sich von jedem Angriff auf die Kommunisten fern. Er erwähnte das Problem der Einheitsfront mit keinem Wort. Vielleicht existiert es nicht für ihn. Das wirkte eng und kurzichtig. Und das umso mehr, als er sicher nicht zu denen gehört, die von dem Stimmentzettel die Beruhigung der Verhältnisse erwarten. Ein Wort von einem solchen Mann über die Notwendigkeit der Solidarität aller Arbeiter, von einem Manne, der gerade jetzt die an Sozialisten verübten Willkürakte der Reaktionäre erlebt hat, würde die Versammlung im selben Augenblick aus ihrer Parteienge herausgerissen und in ihnen eine Bereitschaft zum Zusammenstehen erzeugt haben, die die proletarische Front wenigstens in diesem Bezirk mit einem Schlage befestigt hätte. So schloß die Versammlung in einer guten

Stimmung, aber der Blick war nicht auf die Klasse gerichtet, sondern auf die Aufgaben der eigenen Organisation. Diese Aufgabe ist für den Kampf, der vor uns steht, zu eng.

### Breuer, aus der Haft entlassen, zu den Kampfgefährten.

Rpt. Rund 800 „Kampfgefährten der Eisernen Front“ aus dem Bezirk Tempelhof kamen zu einer Wahlkundgebung der SPD am Donnerstag abend zusammen. Gartenwirtschaft, Musik. Zwei Reden. In der ersten Dressel: „Wir haben die Entwicklung für uns. Wir müssen siegen.“

Breuer, um dessentwillen ich gekommen war, sagte kein Wort über seine eigenen Erlebnisse unter der Militärdiktatur. Auch er suggerierte Siegesbowlstein. Er nannte drei Gegner und tat sie mit billigem Spott ab: Erstens: die Junker... sie haben einen guten Magen und haben ganze Bauernschaften geschluckt. Aber wir... wir sind ein verdammt unverdaulicher Stoff. Zweitens: Der Kapitalismus... er wäre schon gestorben, wenn wir es nicht für richtig gehalten hätten, Subventionen zu geben. Drittens: der Feind, den wir am tiefsten hassen, der Unverstand der Massen, mit anderen Worten: Hitler, ein Säugling, infantil.

Nach den Reden eine SAJ-Spielgruppe, viel frischer als die Alten. Dann ein an Langeweile kaum zu überbietender Reklamefilm der Volksfürsorge, so endlos lang erscheinend, daß ich das Ende nicht abwartete. Mit Kampf hatte er so wenig zu tun wie die ganze Kundgebung.

Fast alle, die da waren, wählen brav SPD. Viele sind so aktiv, Flugblätter dieser Partei zu verteilen. Manche erheben die Faust zum Freiheitsgruß. Daß die Entwicklung ganz anders geht, als ihre Theoretiker behauptet haben, — daß der Bürgerkrieg begonnen hat, merken sie nicht in ihrer gemütlichen Bierruh, in der sie zusammensitzen und Bier und Kaffee trinken. Was muß eigentlich noch geschehen, damit sie aufwachen?

### KP-Versammlung in Neukölln.

Im Stadion von Neukölln fand gestern Abend eine stark besuchte Wahl-Versammlung statt. Unter anderem sprachen die Genossen Thälmann, Remmelo und Pieck, ferner ein französischer und ein englischer Kommunist, und zum Schluß ein sozialdemokratischer Genosse, der als Vorsitzender des Einheits-Komitees der BVG-Arbeiter zu einheitlichen Aktionen aufrief. Sämtliche Redner mahnten zum Kampf gegen den Faschismus. Die kommunistischen Genossen forderten natürlich auf, am 31. Juli die Liste der KPD zu wählen, während der sozialdemokratische Redner sich darauf beschränkte, zur Wahl einer sozialistischen Liste aufzurufen.

Ferner wurde beschlossen, ein Telegramm nach Budapest zu senden, das die Freilassung der dort angeklagten dreißig Arbeiter forderte. Sämtliche Reden, insbesondere auch die des sozialdemokratischen Genossen, wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

diese Gemeinheiten, als daß „das Ansehen unseres Vaterlandes“ dadurch gefährdet werde. Auch die Behauptung, daß mit dem Namen Deutschland die Begriffe Recht und Humanität bisher untrennbar verbunden seien, halten wir für eine engstirnige Entgleisung. Mit dem Namen Deutschland war vielmehr allgemein auch der Begriff der Stieseligkeit verbunden, des preußisch-kommihaften, von welcher Stieseligkeit der Antisemitismus nur eine besonders grobe Abart ist. Recht und Humanität hat es in anderen Ländern nicht weniger gegeben als in Deutschland — im allgemeinen gibt es davon überall verhältnismäßig wenig.

## Die Erziehung der deutschen Jugend.

Der Reichsinnenminister hat an die Unterrichtsminister der Länder ein langes Schreiben gerichtet, das an Bedeutung die bisherigen brieflichen Erzeugnisse des Chefs der deutschen Innenpolitik nicht übersteigt. Wir verzeichnen es überhaupt nur als gewissenhafte Chronisten.

... möchte ich darauf hinweisen, daß die Frage des Reichsschulgesetzes ... noch immer der Lösung harret. ...

### Die Erziehung zu Volk und Staat ist daher die vornehmste Aufgabe aller deutschen Schulen.

... Aber Weichlichkeit und zu weit getriebene Rücksicht auf jede individuelle Neigung sind unangebracht gegenüber einer Jugend, die vom Leben einmal hart angepackt werden wird. Nicht auf einen Ballast von Schulwissen kommt es an. ... Nur dann aber ist die Jugend für ihren Dienst an Volk und Staat recht vorbereitet, wenn sie gelernt hat, sachlich zu arbeiten, klar zu denken, ihre Pflicht zu erfüllen, und wenn sie auch daran gewöhnt worden ist, sich in Zucht und Gehorsam den Ordnungen der Erziehungsgemeinschaft einzufügen und sich willig echter Autorität unterzuordnen.

Herr von Gayl stellt hier ein unmögliches Sammelurteil auf, was alles eine Jugend können soll. Wir hielten es für nützlicher, die Kultusminister konzentrierten sich auf den einen Punkt ihrer Erziehungsforderungen: auf das klare Denken. Dann wird ihnen vielleicht das Wesen von Staat und Volk und Erziehung etwas aufgehen.

„Geht die Grundschule von den volkstümlichen Bildungswerten der Heimat aus, so sollen alle weiterführenden Schulen die Jugend vertraut machen mit dem Werden des deutschen Volkes und Reiches, mit der Lage und Bedeutung des Grenz- und Auslandsdeutschtums, insbesondere mit dem Schicksal des deutschen Ostens. ... Schulen oder Erzieher, die sich dieser deutschen Bildungsaufgabe versagen, ... sollten im deutschen Bildungswesen keinen Platz haben. ... Treue und Verantwortung gegenüber Volk und Vaterland haben ihre tiefste Verankerung im christlichen Glauben.“

Da haben wir also alles zusammen: Volk und Staat und Zucht und Gehorsam unter der autoritativen Stammherrschaft des Christentums. Und dieses Allerlei von unklaren Zielen tritt auf mit dem Anspruch auf Erziehung. Vor rund 200 Jahren wußten deutsche Männer über Erziehung besser Bescheid.

## Maßnahmen gegen Verleumder. Strafantrag gegen Best und Genossen.

Der hessische Innenminister hat sich endlich entschlossen, den Schwindelnachrichten der hessischen Nationalsozialisten einen Riegel vorzuschieben: Er hat mit sofortiger Wirkung bis zum 4. August einschließliche verboten: Die „Hessische Landeszeitung“, die „Südwestdeutsche Landvolkzeitung“, die „Mainzer Tageszeitung“, den „Rhein- und Hesse-Bauer“, die „Niersteiner Rheinwarte“, die „Wormser Zeitung“ und die „Offenbacher Nachrichten“.

Das hessische Gesamtministerium hat Strafanzeige gestellt gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Best, Wassung und den Gauleiter Lenz sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidsohn und Stawinoga. Die Anzeige erfolgt wegen angeblicher wissenschaftlich falscher Anschuldigung und fußt auf der durch die Genannten beim Oberreichsanwalt gegen Minister Leuschner erhobenen Anzeige wegen angeblicher Begünstigung kommunistischer Hoch- und Landesverratspläne, die dem Gesamtministerium bekannt gewesen seien. Es sei den Beschuldigten bekannt gewesen, daß die Vorgänge in der Kommunistischen Partei, wegen deren die Vorwürfe gegen Minister Leuschner und die gesamte Regierung erhoben worden seien, sich außerhalb Hessens zugetragen hätten und daß deshalb der Innenminister keinerlei Verantwortung für sie trage.

## Protest gegen eine Kulturschande.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wendet sich in einer Entschloßung, die in drei Protestkundgebungen gegen den antisemitischen Terror angenommen worden ist, „gegen die Schmähungen, Drohungen und Gewalttätigkeiten, die von jüdenfeindlicher Seite Tag für Tag gegen sie verübt werden“.

Er zählt 125 Friedhofsschändungen, 49 Synagogenbesetzungen, Terrorakte und Bluttaten gegen Juden auf, findet aber leider keinen anderen Verurteilungsgrund gegen

## Hamburg im Zeichen von Ruhe, Ordnung und Demonstrationsverbot. Nur die Reichswehr marschiert.

E. K. Ein Trupp Reichswehr marschiert durch Hamburg. Sie kommen vom Manöver und wollen ins Lager zurück. Lange Menschenreihen stehen in den Durchmarschstraßen. In der Altonaer Straße, einer Kommunistengegend, stehen die Häuser- und Schutzstaffeln der „Antifaschistischen Aktion“. Die Straße ist beflaggt im Zeichen des Wahlkampfes. Die Polizei ist mit mehreren Ueberfallkommandos erschienen. Sie fährt mit zwei Flitzern auf den Bürgersteig und bleibt direkt vor den Häfen, in denen Kommunisten wohnen, stehen. Vor dem einen Hof haben die Kommunisten ein Plakat aufgestellt, das eine Abbildung der SA-Uniform zeigt. Es soll andeuten, wofür Geld da ist. Endlich erscheint die Reichswehr, flankiert von Polizei. Hoch zu Pferde die „Höheren“, den Säbel gezogen, zu Fuß die „Gemeinen“, unter dem Stahlhelm schwitzende, abgespannte Gesichter. An beiden Seiten Spaziergänger, meist mit Stahlhelmbzeichen und Eisernem Kreuz behangen.

An der Straßenecke stehen Genossen von der „Antifaschistischen Aktion“. Ein schwaches „Rot Front!“ ertönt. Polizisten springen vom Flitzer und küssen die Straßenecke ab. Wahlos wird auf die Zuschauer eingeschlagen. Die „Ruho“ ist wieder hergestellt. Als die letzten Reichswehrosoldaten vorbei sind, fahren die Ueberfallkommandos ab. Vor einer Naziwirtschaft entsteht ein Geplänkel. Schon rasen die Flitzer der Polizei heran. Im Nu werden die Straßen leer geschlagen. Wer nicht schnell genug verschwindet, bekommt den Gummiknüppel zu spüren.

Vor dem Hofe mit dem Plakat der SA-Uniform hält wieder ein Flitzer. Polizei springt ab und schlägt einfach zu. Kinder, Frauen und Männer, getrieben von den Schlägen, laufen in ihre Wohnungen. Ein junger Arbeiter bleibt vor dem Plakat stehen. Er hatte gar nichts getan und darum keinen Grund, wegzulaufen. Plötzlich rennt ein Polizist auf ihn zu und schlägt ihn mit dem Gummiknüppel. Der Arbeiter bleibt stehen. Nun wird er von mehreren Polizisten geschlagen und auf das Polizeiauto geschleift. Grund? Widerstand gegen die Staatsgewalt. Eine Frau schreit: „Mein Mann hat doch gar nichts getan!“ Die Polizei steigt ins Auto. Drei Arbeiter werden abgeführt.

## Und die Nazis demonstrieren.

G.P. Es ist kurz vor 22 Uhr. Wir gehen durch die Allee in Altona. Nach einer Kundgebung der „Eisernen Front“ strömen die Massen auf die Straße. Ueberall Polizisten, die jeden am Stehenbleiben hindern: „Weiter gehen, weiter gehen!“

An der nächsten Straßenecke: Ein langer Zug SA marschiert geschlossen durch die Straße, manchmal auf dem Bürgersteig, manchmal auf dem Fahrweg. Eine ruhige ungestörte Demonstration! Hier ist kein Polizist zu sehen. Erst am Altonaer Hauptbahnhof stehen ein paar, rühren sich nicht, sehen ruhig zu. Unter den Augen der Polizei, dem Demonstrationsverbot zum Hohn, marschiert der Trupp ungehindert vorbei.

## Ich demonstriere für die Einheitsfront.

Sche. Ein Genosse fragt, erstaunt auf meine beiden Abzeichen, die Pfeile der Eisernen Front und das Antifa-Abzeichen hinweisend: „Mensch, bist du in beide Organisationen?“ „Nein, ich bin für die Einheitsfront.“ Strahlend sieht er mich an. „Na, denn gehören wir ja zusammen. Rot Front! — „Einheit!““

Ein „Funken“käufer voller Freude: „Mensch, geht ihr schon zusammen?“

Ein Zeitungshändler: „Bist woll in alle beide?“ — „Ich bin für die Einheitsfront, darum trage ich beide Abzeichen.“ „Ja, is ja auch richtig.“ Neben uns steht ein Genosse mit den drei Pfeilen: „Wie macht ihr denn?“ Ich ballte die Faust: „Einheit!“ Als ich gehe, ballen beide die Faust und grüßen: „Einheit!“ „Einheit!“

Viele solche Fälle habe ich an einem Tage erlebt. Sie beweisen immer wieder, wie stark der Wille für die Einheitsfront in der Arbeiterschaft ist.

## Wenn Gott nicht die deutschnationale Fraktion in Nowawes hätte.

In einer Stadtverordnetensitzung in Nowawes bei Potsdam hatte ein kommunistischer Redner die Kirche eine Verdummungsanstalt genannt. Der Stadtverordnetenvorsteher, man bedenke!, rief den Mann nicht zur Ordnung, obwohl die Bürgerlichen das entrüstet verlangten. Um ihrem Protest Nachdruck zu verleihen, verließen sie den Saal; als das nichts half, beschwerten sie sich beim Regierungspräsidenten in Potsdam. Aber alle blieben hartnäckig — wahrscheinlich dachten sie, was auch richtig ist, daß Gott nicht nötig hätte, zur Abwendung einer ihm zugefügten „Lästerung“, den Beistand der Bürger von Nowawes anzurufen. Gleichwohl hat die Fraktion der Gottesschützer nun vor, den Frevler wegen Gotteslästerung zu belangen, und zwar vor Gericht. — Wenn diese Taperreise statt sich um Gottes Sorgen zu kümmern, nur einmal die menschlichen Angelegenheiten ernst nehmen wollten!

## Rentabler Lustmord — unbestraft.

### Die Auktion der Felle.

Zwischen dem 23. und 25. August findet die dritte Auktion „roher und veredelter Rauchwaren“ der Sowjet-Union statt, auf der die europäischen Pelzhändler ihren Winterbedarf eindecken. Es haben dafür das Leben gelassen:

150 000	Hamster,
50 000	Hermeline,
22 000	Füchse aller Art,
1 800	Wölfe,
16 000	Marder und Iltisse,
30 000	Murmeltiere,
60 000	Fohlen,
120 000	im Mutterleib getötete Lämmer,
15 000	Kälber,
250 000	weitere Pelztiere.

Das ergibt zusammen rund 700 000 Tiere; da diese Auktion die dritte dieses Jahres ist, sind bisher über 2 Millionen Tiere gejagt und gefangen, für das Luxusbedürfnis der Westeuropäer.

# Milderung des Abtreibungsparagraphen in der Tschechoslowakei — die Kirche läuft Sturm dagegen!

M. H. In der Tschechoslowakei ist vor kurzem ein Gesetz angenommen worden, durch das der Paragraph 144 des Strafgesetzes über die Schwangerschaftsunterbrechung aufgehoben und durch wesentlich mildere Bestimmungen ersetzt worden ist. Die Fruchtabtreibung bleibt auch weiterhin strafbar, jedoch nicht mehr als „Vorbereiten“, sondern nur noch als „Vorgehen“ mit bedeutend geringeren Strafen.

Wichtig ist aber vor allem, daß die Schwangerschaftsunterbrechung gestattet sein soll: 1. Auf medizinische Indikation, das heißt, wenn nach ärztlicher Ansicht Leben oder Gesundheit der Mutter bei der Austragung der Frucht bedroht sind. Diesen Fall erkennt auch die deutsche Rechtsprechung an. 2. Bei Schwängerung eines Mädchens unter 16 Jahren durch Notzucht oder Schändung. In Deutschland werden dahingehende Anträge stets abgelehnt. 3. Wenn anzunehmen ist, daß das zu erwartende Kind geistig oder körperlich degeneriert sein wird — die sogenannte „eugenische Indikation“, für deren Zulässigkeit sich in Deutschland die führenden Sozialhygieniker bisher vergeblich eingesetzt haben. 4. Aus sozialer Indikation, wenn die materielle Lage der Mutter, der ehelichen wie der unehelichen, durch die Geburt des Kindes wesentlich verschlechtert würde, insbesondere dann, wenn die Mutter schon für andere Kinder zu sorgen hat. In all solchen Fällen geht, wie wir wissen, sonst, das heißt, wenn die Strafe sie bedroht, die proletarische Mutter zum Plüscher oder sie versucht, sich selber zu helfen, meist zum schwersten Schaden ihrer Gesundheit.

Dieses Gesetz, das zweifellos einen Fortschritt darstellt, ist

vom Justizministerium unter Leitung des sozialdemokratischen Justizministers Meißner ausgearbeitet worden. Selbstverständlich läuft die gesamte reaktionäre Presse, besonders aber die kirchliche, dagegen Sturm. Der „Bayerische Kurier“ berichtet über den „Entrüstungsturm der tschechischen Katholiken“; für diese ist dieses Gesetz natürlich nichts als schlimmster „Kulturbohschewismus“. Wie Hohn berührt es, daß sie sich bei ihrer Entrüstung berufen auf den Verfassungsartikel, nach dem Ehe, Familie und Mutterschaft unter dem besonderen Schutz des Staates stehen! Als ob nicht gerade unter Berufung auf diesen Schutz dieses Gesetz zu begrüßen ist! Auch der Hinweis auf den Bevölkerungsrückgang wirkt in einer Zeit, wo Millionen Menschen keinen Platz in dieser Wirtschaftsordnung finden, nur noch wie Hohn. Und wenn sich die klerikalen Reaktionen nun gar auf eine Umfrage unter den Aerzten der Tschechoslowakei stützen, nach der diese sich angeblich völlig ablehnend gegenüber der Aufhebung des bisherigen Paragraphen 144 verhalten hätten, so muß dabei jedenfalls berücksichtigt werden, daß sich unter den Aerzten zwar nur wenige finden, die öffentlich für eine Straffreiheit bzw. Milderung der Abtreibung eintreten, hinreichend viele aber, die gut zahlenden Patientinnen gegenüber alle Bedenken zurückstellen. Das ist gerade ein großer Vorteil bei der neuen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei, wie bei der in Rußland: den heimischen Nutznießern der Strafgesetze gegen die Abtreibung, denen, die aus der Not der Frauen ein Geschäft machen, wird das Handwerk gelegt.

## Aufruf der Liga für Menschenrechte.

An das deutsche Volk! Am 31. Juli entscheidet ihr über Frieden und Krieg, über Kultur und Barbarei. Entscheidet richtig!! Wenn die Toten des Weltkrieges, die Deutschland zu beweinen hat, aus ihren Gräbern steigen könnten, um im Gleichschritt an euch vorüber gehen zu lassen, so müßt ihr am Schloßplatz stehen von Sonntag früh bis Sonnabend Mittag, sechsendeinen Tag! Und wenn die letzte Gruppe an euch vorüberzieht, marschiert die erste Gruppe im Gleichschritt zu Königsberg i. Pr. ein. Wollt ihr Rache? Wollt ihr neue Kriege? Wollen das die Toten? Oder wollt ihr Menschen sein, die in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Völkern ihrer Arbeit nachgehen?

Wenn ihr dem Leben der Menschheit dienen und die Toten des Weltkrieges wahrhaft ehren wollt, wählet links! Deutsche Liga für Menschenrechte E. V. ist noch nicht bekannt.

## Urteil im Frankfurter Universitätskrawall.

Das Universitätsgericht hat in mehrstündiger Verhandlung gegen die Unruhestifter vom 21. und 22. Juni an der Frankfurter Universität nunmehr das Urteil gefällt. Zwei Nationalsozialisten wurden mit der Entfernung von der Universität Frankfurt bestraft. Mit der Androhung der Entfernung wurde ein Nationalsozialist und ein linksgerichteter Student bestraft. Ein weiterer Nationalsozialist erhielt einen protokollierten Verweis und ein kommunistischer Student einen einfachen Verweis. Zwei Nationalsozialisten wurden freigesprochen. Anlässlich des Urteilspruches haben Rektor und Senat der Universität einen Aufruf an die Kommilitonen gerichtet, in dem u. a. die Achtung des Andersdenkenden als ein Grundstein der Staatlichkeit gefordert wird. Es heißt dann: „Es steht auf einem anderen Blatt, wenn man scharfes Vorgehen gegen Ausländer fordert, die das Gastrecht an unserer Hochschule mißbrauchen. Soweit hier ein Anlaß einzuschreiten ist, wird es die Universität mit aller Schärfe tun.“

Allein, wir lehnen jede Hetze, lehnen mit vollem Bedacht auch einen Antisemitismus ab, wie er in diesen Kämpfen zutagegetreten ist.

... Wehrt den Knüppelhelden, welcher Herkunft immer, den Zutritt zu unserem Bezirk geistiger Arbeit und geistigen Kampfes.“

Wer das will, muß den Nazi-Studenten den Eintritt zur Universität verbieten — anders kann der Bezirk geistiger Arbeit keine Freiheit gewinnen.

# KRIEG DEM KRIEGE! KRIEG dem Faschismus!

Redner:

Rudolf Rocker · Maria Hodann · Hein Herbers

Deutsche Friedensgesellschaft  
Internationaler Soz. Kampf-Bund (ISK)  
Freie Arbeit.-Union Deutschlands (AS)

Unkostenbeitrag 20 Pfennig, für Erwerbslose 10 Pfennig.

Kampf für proletarische Einheit!

Heraus zur Öffentl.  
Massenkundgebung

Montag, den 1. August, 20 Uhr,

Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15

## Der amtliche Bericht über das Eisenbahnunglück am Bahnhof Gesundbrunnen.

Die leer fahrende Lokomotive, die Mittwochnachmittag 17.22 Uhr den schweren Unfall des Personenzuges 208 von Stralsund verursachte, fuhr pünktlich im Plane 1084 von Pankow nach Gesundbrunnen. Für sie war das Einfahrtssignal auf Halt gestellt, weil der Personenzug 208, der von Stralsund über Oranienburg kommt, neun Minuten Verspätung hatte.

Die leer fahrende Lokomotive hat das Haltsignal überfahren, wie der Heizer bei seiner Vernehmung zugegeben hat. Das Personal dieser Lokomotive war nach einer Ruhe von 10 1/2 Stunden erst seit 13.05 Uhr, das heißt 4 1/2 Stunden, im Dienst, als das Unglück geschah. Es bestand aus den Reserve-lokomotivführern Kupke und Reinor, von denen Kupke den Dienst des Lokomotivführers, Reinor den des Heizers ausübte. Kupke, der in die Charité wegen Nervenschocks aufgenommen ist, hat noch nicht vernommen werden können. Er ist 50 Jahre alt, hat schon 1917 die Lokomotivführerprüfung bestanden und gilt bei seinen Vorgesetzten als ein zuverlässiger und ordentlicher Beamter.

## Schwere Benzinexplosion Unerhörter Leichtsinns verursacht 6 Tote und viele Verletzte.

In der Gemeinde Heiligenkreuz (Tschechoslowakei) war am Donnerstag der Kaufmann Knöpfel mit dem Einfüllen von Benzin beschäftigt, wobei ihm eine Angestellte,

die eine brennende Kerze in der Hand hielt, half. Natürlich fing die Benzingase Feuer, und im Augenblick stand das ganze Gebäude in Flammen. Die Wucht der Explosion war so groß, daß Fensterrahmen, Mauerstücke und Türen Hunderte von Metern weit geschleudert wurden.

Sechs Menschen wurden getötet, neun schwer- und fünfzehn leichtverletzt.

## Sorgen um Seelenheil und Kolonien. Die Hermannsburger Mission.

K. D. Von dem Heidenpastor Ludwig Harms, der 1865 starb, wurde in der kleinen Stadt Hermannsburg in der Lüneburger Heide eine Gesellschaft für Heidenmission gegründet, die in kurzer Zeit Weltruf erwarb und sich vor allem die „Bekehrung“ der Schwarzen in Afrika zur Aufgabe machte. Noch 1920 wurden neun Zehntel der für die Mission nötigen Gelder von den Heidebauern und Tagelöhnern aufgebracht, denn die Bewohner der Heide sind sehr fromm. Nach dem letzten Bericht der Hermannsburger Mission kommen jetzt erhebliche Summen von auswärts.

Die Einnahmen der Mission sind im Jahre 1931 von 367 000 Mark auf 359 000 Mark zurückgegangen, also trotz der ersten Wirtschaftslage nur um 2,4 Prozent.

Um Einsparungen zu machen, hat man sämtliche Gehälter und Pensionen um 10 Prozent gekürzt. Die Angestellten der Mission sind also immer noch in einer unvergleichlich günstigeren Lage als jeder andere Arbeitnehmer.

Die Mission macht Fortschritte, sagt der Bericht, nur wird sie bedroht von der katholischen Gegenmission und durch die „bolschewistische“ Agitation. Wie weit das letzte stimmt, ist schwer nachzuprüfen. Wir wissen, daß die Kirchen sich sonst nicht gescheut haben, Lügen über den Bolschewismus zu verbreiten, um Gegenkräfte zu entfesseln.

Die immerhin günstige Bilanz schließt mit den Worten: „Gott schenke uns Kraft aus der Höhe zu einem fröhlichen

Vorwärts.“ Nach dem Bericht gibt nicht nur Gott Kraft, sondern realere Mächte sind am Werke. Der Kaiser (ob der von Abessinien oder von Doorn ist aus dem Bericht nicht klar zu ersehen), schenkt handgreiflicheres, nämlich, Land für eine neue Missionstation.

„Woher gibt die großen Summen in Deutschland her? Sind es Kapitalinvestitionen auf lange Sicht für zukünftige Kolonien und kommen sie von denen, die auch die Braunhemden kleiden?“

## Geringer Fortschritt in Schweden.

(ITF) Zwischen dem schwedischen Holzerverband und der Vereinigung der Motorschiffsbesitzer wurde ein Kollektivvertrag abgeschlossen. Der Vertrag sieht für eine gewisse Anzahl der Arbeiter eine Heuererhöhung sowie verschiedene andere Verbesserungen vor.

**MAGDEBURG**  
Naturreiner, echter  
**Bienenhonig**

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75  
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104.

**Erstklassige Maßarbeit**  
Herren-Anzüge • Damen-Mäntel  
Mäntel • Kostüme  
/// Tadelloser Sitz ///

**Schönheit**  
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. L.  
Stoffmuster vorrätig.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

**G. Funke**

Elektrotechniker  
G Ö T T I N G E N / J ü d e n s t r a ß e 3, III.

**BERLIN**  
**KAMERA**

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.  
Ab 29. Juli: G. W. Pabst

**Westfront 1918**  
(Vier von der Infanterie).

Fox tönende Wochenschau,  
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

**Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate**  
stellt schnell, sauber und billig her  
**Oscar Wettig, Gelnhausen**

**Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke**  
**Schallplatten** für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!  
**Otto Pfothauer, Wilmshausen, Röhrenstr. 40.**

## Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland?

Das Zurückweichen der organisierten Arbeiterschaft vor Papen, Schleicher und den hinter ihnen stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

**LEONARD NELSON:** Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.

**MINNA SPECHT:** Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltanschauung. 26 Seiten. 0,60 Mark.

**Verlag „Öffentliches Leben“**  
Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postcheck: Berlin 81342

# Die französische Presse zu den Ereignissen in Deutschland.

## „Le Temps“, das führende konservative Blatt, am 25. Juli:

Ueber die „Rechtfertigung“ der Reichsregierung.

„Von jetzt ab kann man es als bewiesen betrachten, daß der den ehemaligen preußischen Ministern gemachte Vorwurf, die kommunistische Agitation toleriert zu haben, unbegründet ist. Der Reichsregierung wird es schwer fallen, zu beweisen, daß die im Paragraphen 48 vorgesehenen Bedingungen für eine gewaltsame Einmischung in die Länderregierungen in Preußen zutrafen.“

### Die Pläne der Regierung.

„Man ist natürlich gezwungen, zu dem Schluß zu kommen, daß das Kabinett Papen-Schleicher einen in allen Einzelheiten festgelegten politischen Plan hat, und daß es entschlossen ist, ihn systematisch Schritt für Schritt durchzuführen.“

„Wenn Deutschland noch nicht für die Wiederherstellung der Monarchie reif ist, so ist es gewiß für eine Diktatur reif, die von den Chöfs der Armee kontrolliert ist. Die bloße Existenz des Kabinetts Papen-Schleicher beweist das.“

### Deutschlands Zukunft.

„Alles, was man im Augenblick sagen kann, ist, daß Deutschland an einem tragischen Wendepunkt seiner Nachkriegsgeschichte angekommen ist, und daß es eine Entwicklung durchmacht, die entscheidend sein muß in der beklagenswertesten moralischen, politischen und sozialen Unordnung, die eine große Nation erleben kann.“

### Zu Altona.

Das Gericht hat festgestellt, daß es sich um einen vorbereiteten Angriff der Kommunisten handelte. „Jedoch ist die Provokation seitens der NS, die im Zuge, mit Musik an der Spitze, durch Arbeiterviertel mit einer kommunistischen Mehrheit marschierten, unbestreitbar.“

### Die SPD-Minister.

„... die deutsche Sozialdemokratie ... hat fast immer die nationalistischen Forderungen des Reichs (in der Außenpolitik) unterstützt — in dem Maße, daß sie sich vor nicht allzu langer Zeit ziemlich harte Bemerkungen seitens des Chefs der Radikalen, Herriot, zugezogen hat. Wer könnte außerdem behaupten, daß die Sozialdemokratie im Augenblick mit all der Macht, die sie darstellt, den nationalistischen Staatsstreich abwehrt? Noch einmal bringt sie einen Beweis für ihre Resignation und ihr Fehlschlagen in dem Moment, in dem man von ihr wenigstens eine aktive Verteidigung der Republik erwartete. Und vielleicht ist es paradox, die Möglichkeit der Sicherung des Friedens durch sozialistische Regierungen zu rühmen, in derselben Stunde, in der der Sozialismus bei dem Werk versagt, das das Einfachste zu sein scheint. Wie wäre es da erst, wenn er den Frieden auf der ganzen Welt organisieren sollte?“

## „L'Ouest-Eclair“, ein Provinzblatt:

Italien-Deutschland.

„Eine Art militärischer Herausforderung im Norden Europas, der Antritt des Superfaschismus im Süden, kündigen den Versammlungen in Genf an, daß die reaktionären Herren-

Regierungen weit davon entfernt sind, sich mit der Idee des Friedens zufrieden zu geben. Die beiden Regierungen scheinen uns auf dem Wege ihrer Innenpolitik mit einer ich weiß nicht was für eine katastrophale Explosion zu bedrohen.“

Es ist nicht nötig, sich aufzuregen, aber es ist nötig, zu wachen. Anstatt sich während der Ferien mit dem Widerzusammenkleben des Kartells zu beschäftigen, was, wie man sagt, die Absicht der Regierung ist, sollte diese lieber an der Einigkeit aller Franzosen arbeiten, die vielleicht bald noch nötiger sein wird, als sie es heute ist.“

In der „Volonté“ (radikal-sozialistisch) schreibt Victor Basch, der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte (der auch den „Dringenden Appell“ unterzeichnet hat).

„Und das ist ordentlich gemacht worden, nach der besten Technik der Staatsstreichs. Man merkt, daß es ein Offizier der Armee ist, der die leitende Hand in der Ausführung hatte.“

„Wir haben hier unseren deutschen Freunden keinen Rat zu geben. Der Ausweg, der einzige Ausweg, den wir aus der Lage sehen, wäre die Wiederherstellung der proletarischen Einheitsfront, die wenigstens vorläufige Versöhnung der Kommunisten und Sozialisten, angesichts des Kampfes um die Rückkehr der Legalität. Wir haben immer festgestellt, daß es die Spaltung der Arbeiterschaft ist, die den Grundstein für alle, Europa entehrenden Diktaturen gelegt hat.“

Frankreich bleibt, mit England, der Hüter der überall bedrohten Demokratie. ... Es ist die Aufgabe des französ.

sischen Volkes, von seiner Regierung zu verlangen, daß sie in dieser so schwierigen und hohen Aufgabe nicht versagt.“

## „Journal des Débats“ ein kleiner „Temps“, aber lautet:

Deutschlands Schwenkung.

Deutschland zersprengt das, was noch von dem republikanischen Dekor übrig bleibt und kehrt gehorsam zu der Disziplin zurück, die ihm seine traditionellen Führer auferlegten.“

## „L'ère Nouvelle (Herriots Blatt):

Der militärische Geist.

„So wird Deutschland unter der einzigen Herrschaft stehen, die seine Militärschefs anerkennen, unter der Herrschaft der Macht, von der das Dekret über den Belagerungszustand einen Vorgeschmack gibt: Keine persönliche Freiheit mehr, kein Recht der freien Meinungsäußerung, keine konstitutionellen Garantien; die Todesstrafe auf allen Gebieten.“

Das Heer herrscht, und es herrscht unumschränkt.

Welches Heer? Es handelt sich nicht nur um die 100.000 Soldaten der Reichswehr. Es gehören dazu alle Organisationen Hitlers, die bei den gegenwärtigen Machtaktionen Herrn von Papen ihre Unterstützung nicht versagen.“

Und wenn das deutsche Militär regiert, so wissen wir, was das bedeutet. Es wird vor allem zu den großen preußischen Traditionen zurückkehren, die wollen, daß Deutschland seine Größe in seiner militärischen Stärke sieht. Es handelt sich vor allen Dingen darum, das alte deutsche Heer wiederherzustellen, es handelt sich weiter darum, dieses Heer den Diplomaten zur Verfügung zu stellen, damit sie, mit diesem Werkzeug in der Hand, die Hegemonie räume wirklichlich, auf der sie seit 1919 wohl oder übel verzichten mußten.“

# Abgebaut — von hoch da droben.

In der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 27. Juli 1932 wurden folgende Personalveränderungen beschlossen:

Der Ministerialdirektor beim preußischen Staatsministerium Dr. Brecht wird mit Rücksicht auf die sich aus der Tatsache der Vertretung der bisherigen preußischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof für sein Amt ergebenden Schwierigkeiten in den einstweiligen Ruhestand versetzt; die Entscheidung über seine spätere Wiederverwendung bleibt vorbehalten.

Mit der kommissarischen Verwaltung der Geschäfte des Direktors der Verfassungsabteilung im Ministerium des Innern wird der Ministerialrat in diesem Ministerium Dr. Schütze beauftragt.

Der Regierungspräsident Dr. von Bahrfeldt in Königsberg i. Pr. wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit der Vertretungswesen Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Königsberg wird der Landrat Friedrich in Mohrungen beauftragt.

Die Vizepräsidenten der Regierung in Oppeln: von Basse und der Regierung von Schleswig: Grimpe werden bis auf weiteres von ihren Dienstgeschäften beurlaubt.

Der Polizeipräsident Dr. Bärensprung in Magdeburg wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Polizeipräsidenten in Magdeburg wird der Oberregierungsrat Freiherr von Nordenflycht beim Oberpräsidium in Magdeburg beauftragt.

Der Landrat Staatsminister a. D. Siering in Nauen wird auf seinen Antrag aus Gesundheitsgründen zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

Es werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt: die Landräte Brandt in Peine, Christians in Blumenthal, Freter in Kalau, Gauglitz in Goldberg, Glahn in Usingen, z. Z. in Eschwege, Lufft in Gerdaun, Dr. Midelhaupe in Ifeld, Dr. Sommer in Perleberg; letzterer wird bei einer Regierung wieder verwandt werden.

Der dem Landrat Curtze in Clausthal-Zellerfeld erteilte Auftrag zur Verwaltung des Landratsamtes in Goslar wird aufgehoben.

Der kommissarische Landrat Holtz in Wittenberg wird zum Landrat daselbst ernannt.

Der Regierungsrat Dr. Fuchs in Arnberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Altona, Reg.-Bez. Arnberg, beauftragt.

Der Landrat a. W. Dr. Eichmann wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Eschwege beauftragt.

Der Regierungsrat Reeder in Köln wird mit der vertretungsweise Verwaltung des Landratsamtes in Segeberg beauftragt.

## Das Reich und Preußen.

Der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, gibt bekannt:

„In Ausführung der zweiten preußischen Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 ist durch Verordnung des preußischen Staatsministeriums vom 27. d. M. eine größere Anzahl von Landkreisen und Amtsgerichten eingespart worden. Die Einzelheiten dieser Verordnung können zur Zeit noch nicht bekanntgegeben werden. ... Mit der Reichsregierung sind Verhandlungen über eine engere Zusammenarbeit und zweckmäßigere Aufteilung der Aufgaben zwischen Reich und Preußen eingeleitet. Bei diesen Verhandlungen wird die Frage im Vordergrund stehen, ob die unter dem Zwang der Verhältnisse durch die Notverordnung vom 8. Juni 1932 auferlegten drückenden Lasten wieder beseitigt oder wenigstens gemildert werden können.“

Man wird nun nach dem Abbau mißliebiger Beamter wohl an den „Aufbau“ gehen und also in Preußen so reaktionär vorgehen wie im Reich.

Herr von Gayl dementiert. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Herr von Gayl den preußischen Minister Hirtzfelder aus der Sitzung der vereinigten Reichsratsausschüsse nicht mit Gewaltandrohung entfernt, sondern hat ihn ins Ministerzimmer gebeten und ihm dort „in den angenehmsten äußeren Formen“ klargemacht, daß er wieder nach Hause zu gehen habe — was denn auch geschehen sei.

Im übrigen wird zu der Beratung des Reichsratsausschusses über die Gestaltung des Rundfunkwesens von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß dabei eine völlige Übereinstimmung mit den Vertretern aller Länder erzielt worden sei.

Der in Halle erscheinende kommunistische „Klassenkampf“, der erst in der vergangenen Woche auf drei Tage verboten worden war, ist erneut auf die Dauer von fünf Tagen verboten worden. Das Verbot erfolgte auf Grund eines Leitartikels „Nazis sind Bauernfeinde“, in dem angeblich zur revolutionären Selbsthilfe, zur Gründung von Bauern-Ausschüssen gegen Steuerausbeutung und Zwangsenteignung und zur Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung aufgefordert wurde.

„Der Wahre Jacob“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten für die Zeit vom 28. Juli bis zum 26. September verboten worden. Das Titelbild hatte Anstoß erregt.

„Verstaubte Wachfiguren hätte man wieder herausgeholt und in die Regierung gesetzt“ — so behauptete gestern Broitscheid in einer Wahlkundgebung der SPD in Spandau. Der anwesende Polizeioffizier fand dies verächtlichmachend und löste deshalb die Versammlung auf.

# Papen spricht zum Ausland.

Nach dem Interview, das Gayl dem französischen Journalisten Sauerwein gewährt hat, hat sich ein Vertreter der „United Press“ an den Reichskanzler Papen gewandt, um von ihm Aufschluß über die Pläne und Aussichten der Reichsregierung zu erhalten. Papen hat ihm ausführlich Rede gestanden. Viel Neues erfahren wir allerdings nicht.

**Außenpolitisch:** „Meine Regierung sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, ... daß den ungeheuerlichen Diskriminationen, deren Gegenstand Deutschland durch den Versailler Vertrag geworden ist, ein Ende gemacht wird.“ Die „Kriegsschuldfrage“ und die geraubten deutschen Kolonien werden erwähnt. Auf die Frage, ob Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage bedeute, daß Deutschland aufrüsten wolle, wenn die anderen Mächte nicht abrüsten, gibt Papen die gewundene Antwort: „Nein, wir wollen ein Heer lediglich für unsere eigene Sicherheit und den Schutz unserer Grenzen, die keineswegs so gesichert sind wie die Grenzen Frankreichs. Das heißt nicht, daß wir ein Heer verlangen, daß Mann für Mann so stark sein muß als das Frankreich, sondern daß wir auf moralischer Ebenbürtigkeit und dem Recht bestehen, eine moderne militärische Ausrüstung zu besitzen.“ (Das „Nein“ am Anfang gerät durch die weiteren Erklärungen in ein merkwürdiges Licht.)

**Innenpolitisch:** Bei der Ungewißheit des Wahlausgangs lehnte Papen es ab, eine Prognose über die Lebensdauer seiner Regierung aufzustellen. Er erwähnte jedoch die Möglichkeit, daß die Nationalsozialisten zusammen mit den Deutschnationalen eine Mehrheit im Reichstag erzielen oder daß diese Parteien gemeinsam mit dem Zentrum das neue Kabinett bildeten, oder daß sie sich schließlich auch auf die Stützung der gegenwärtigen Regierung einigen könnten.

Zu den innerpolitischen Unruhen: Der Staat sei durchaus in der Lage, mit der kommunistischen Gefahr fertig zu werden (von den NS war in diesem Zusammenhang natürlich nicht die Rede).

Im übrigen solle die KP aber nach den Reichstagswahlen nicht aufgelöst oder außerhalb des Gesetzes gestellt werden.

Die Frage, ob Papen bei der Wiederherstellung Deutschlands auch an die Wiedererrichtung der Monarchie denke, wies Papen als nicht aktuell zurück. „Die gesamte in Deutschland herrschende Stimmung schließt heute diese Frage von der Diskussion aus. Damit will ich aber nicht sagen, daß nicht jedermann das Recht auf seine eigene Ansicht hat.“

Ich z. B. bin mein ganzes Leben lang Monarchist gewesen.

Aber die Frage ist heute einfach nicht aktuell.“ (Ob wohl die französische Rechtspresse, die mit einer baldigen Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland rech-

net, dadurch beruhigt wird, daß ein Monarchist die peinliche Frage für „heute“ beiseite schiebt?)

**Wirtschaftspolitisch:** Einer der Hauptgründe für die gegenwärtige Weltnot liegt nach Papens Ansicht in der ungleichen Verteilung der Goldvorräte. „Wir brauchen“, erklärte er, „ein Abkommen für eine

### Neuverteilung der Goldvorräte der Welt.

Durch Währungsschwierigkeiten sind Deutschland und andere Staaten daran verhindert, die ihnen zukommende Rolle im Geschäftsleben der Welt durchzuführen.“ (Papen gerät damit in bedenkliche Nähe der Kurfürscher, die nur auf Symptome sehen und nur an Symptomen kurieren;

er hat sich wohlweislich diejenigen Symptome herausgesucht, deren Behandlung ihm und seinen großagrarischen und schwerindustriellen Freunden nicht wehtun würde.)

Zum Schluß noch ein Versuch, die Lausanner Blamago durch ein stolzes Wort zu verschleiern: „Deutschland braucht sich nicht zu beeilen, den Vertrag zu ratifizieren, sondern wird zunächst abwarten, was die anderen Mächte tun.“

## Die Parteiführer reden.

Der Vorsitzende der Rheinischen Zentrumsparlei, Justizrat Mönnig, sprach am Donnerstagabend im Rundfunk über die Politik des Zentrums. Neben der bekannten Zentrums politik, die allen Kreisen der Bevölkerung, vom Arbeitslosen bis zum Schwerindustriellen, etwas bringt, erwähnte auch er das Verhältnis des Zentrums zur Sozialdemokratie mit genau den gleichen Gedankengängen wie alle Zentrumsredner der jüngsten Zeit. Aus all diesen Reden klingt das aufrichtige Bedauern heraus, daß durch die Politik der jetzigen Reichsregierung

die Sozialdemokratie in die Opposition und also „dem Radikalismus in die Arme“ getrieben werde.

Wir können nur immer wieder auf die Gefährlichkeit gerade dieser Partei für den Sozialismus hinweisen, die es wie keine andere verstanden hat,

die Sozialdemokratie völlig von ihrem eigentlichen Ziel abzudrängen.

## Auch Hugenberg funkt.

Seine Rede ist einfach wiederzugeben: Die sicherste Gewähr für einen sauberen Staat liege

im deutschen Kaisergedanken;

das gesündeste Bollwerk sei der Mittelstand;

die allgemeine Wehrpflicht sei die straffste und gesündeste Schule für den deutschen Mann.

# Kapitalfehlleitung durch Monopolpreise.

Monopolistische Preishochhaltung führt zu übermäßiger Ausdehnung des Produktionsapparates. Wir haben das schon an vielen Beispielen im „Funken“ gezeigt, unter anderem auch für Kautschuk. Unsere Behauptungen finden wir fast wörtlich bestätigt in einer Abhandlung des Ingenieurs T. G. F. O. I., des Sekretärs der technischen Abteilung des internationalen Vereins für die Kautschuk- und anderen Kulturen in Niederländisch-Indien:

Bezüglich des Produktionsapparates ist zu bemerken, daß eine ununterbrochene Vergrößerung der Anpflanzungen stattgefunden hat. Diese

Zunahme wurde durch die während der Stevenson-Restriktion künstlich hochgehaltenen Preise sogar noch kräftig angeregt,

was besonders für die eingeborene Bevölkerung von Niederländisch-Indien gilt. Nur insoweit die Vergrößerungen mit hochselektiertem Pflanzenmaterial durchgeführt wurden, waren sie wirtschaftlich und pflanzungstechnisch vollkommen zu rechtfertigen, denn dann verließen sie den betreffenden Unternehmen eine dauerhaftere Basis.

Beim Absatz vertraute man blindlings auf ein einziges, wichtiges Gebiet, den Verkauf des für die Reifenfabrikation benötigten Kautschuks. Auf die Gestaltung dieses Zweiges konnten die Gummierzüchter wenig oder gar keinen Einfluß ausüben, und sie erkannten nicht rechtzeitig die Faktoren, die sich hier ungünstig auswirkten. Der Entwicklung auf anderen Absatzgebieten schenkte man nicht genügend Beachtung, während der

durch die Restriktion hervorgerufene Zustand von Unsicherheit die Fabrikanten und anderen Techniker nicht ermutigte, nach neuen Verwendungsmöglichkeiten für Kautschuk zu forschen. Durch das künstliche Hochtreiben der Preise förderten die Erzeuger den Verbrauch von Ersatzstoffen.

Unvermeidlich mußte unter solchen Umständen die Kautschukkultur auf die Dauer in Schwierigkeiten geraten. Auch

bei Ausbleiben der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftskrise wären die Produzenten, die mit hohen Selbstkosten arbeiten, in Verlegenheit gekommen, da durch das stets steigende Angebot an Plantagen- und Eingeborenenkautschuk der Marktpreis unter ihren Gesteigungspreis gesunken wäre.

Die durch Fettdruck hervorgehobenen Stellen halten wir für völlig richtig. Daß ein von den Kautschuk-Interessenten angestellter Fachmann so deutlich die Folgen des künstlichen Hochhaltens der Preise schildert, ist eine wichtige Bestätigung unserer so oft wiederholten Behauptung:

Wenn keine Staatseingriffe in die freie Preisbildung erfolgt wären, so wäre eine Ueberproduktion in dem heute erlebten Ausmaße überhaupt nicht eingetreten.

Das gilt keineswegs nur für Kautschuk. Es gilt, wie wir wissen, auch für Eisen in Deutschland. Es ist daher nicht ohne Interesse, mit jenem Bericht eines holländischen Fachmanns zu vergleichen, was der deutsche Enquête-Ausschuß über die übermäßige Erweiterung der deutschen Eisenindustrie gesagt hat, die durch künstlich hochgehaltene Preise gleichzeitig veranlaßt und finanziert wurde: „Nach Auffassung des Ausschusses haben die Unternehmer mit der Errichtung der neuen und der Erweiterung der bisherigen Erzeugungsläufen einen Teil ihrer bisherigen Anlagen selber entwertet.“

Bei wirklich freier Konkurrenz wären jene neuen Erzeugungsläufen gar nicht erst errichtet worden. Eine wesentliche Ursache für die Schärfe der heutigen Krise würde dann fehlen. Wenn wenigstens jetzt freie Konkurrenz herrschte, so brauchten die Konsumenten die Kapitalfehlleitung nicht zu verzinsen. Eine wesentliche Ursache für das Andauern der heutigen Krise würde dann fehlen. Darum: Weg mit den Beschränkungen der freien Konkurrenz; bei Kautschuk, bei Eisen, bei allen Gütern, wo es sich technisch durchführen läßt.

# Stützung der Kaffeepreise — Sturz der Währung.

In Brasilien betreibt die Regierung seit einiger Zeit, wie wir bereits mehrfach berichteten, eine planmäßige Zerstörung der Kaffeevorräte. Seit Beginn der Vernichtungsaktion sind

8 Millionen Sack Kaffee vernichtet

worden. Zuerst schüttete man den Kaffee ins Meer. Als der Geruch des faulenden Kaffees die Luft in den Küstenstädten verpestete, verarbeitete man ihn zu Briketts und schließlich errichtete man gleich in der Nähe der Lagerschuppen Verbrennungsanstalten. Wozu dieses riesige Zerstörungswerk?

Die Produktion war — infolge monopolistischer hochgehaltener Preise — gestiegen. Der europäische Handel hat sich infolge der starren Kaffeepreise im Einkauf zurückgehalten. Die Plantagenbesitzer behielten daher einen großen Lagerbestand. Statt nun den Konsum durch Herabsetzung der Preise zu fördern, ließ man den Kaffee lieber vernichten, um so bei verkleinertem Angebot die Preise hochhalten zu können.

Die Läger, die vernichtet wurden, bestanden zum größten Teil aus Kaffee, der durch falsche Behandlung bei Gewinnung und Lagerung minderwertig geworden war. Wenn ein Kaufmann seine Ware nicht sorgfältig behandelt, so ist es eigentlich selbstverständlich, daß er für seine Nachlässigkeit selber den Schaden trägt. Hier übernimmt der Staat den schlecht behandelten Kaffee. Denn der Staat hatte den Plantagenbesitzern auf diese Kaffeevorräte Vorschüsse gezahlt. Dadurch, daß er die Ware jetzt vernichtet, gibt er seine Ansprüche auf Rückzahlung der geliehenen Summen auf. Die Auszahlung der Vorschüsse war mit Hilfe der Notenpresse erfolgt. Das Abgleiten des Kurses der brasilianischen Währung ist zu einem erheblichen Teil auf die Kaffeestützungsaktion zurückzuführen.

Ein warnendes Beispiel für Deutschland, wo die Gefahr immer näher rückt, daß Stützungsaktionen durch die Notenpresse finanziert werden. L. G.

# Die „außerökonomischen Reste“ bei Karl Marx.

Im „Funken“ vom 5. Juli 1932 ist ein Brief von Julius Dickmann in Wien auszugsweise veröffentlicht worden, in dem die Frage aufgeworfen wird, wie weit der Kapitalismus seine Entstehung wirtschaftlichen oder außerwirtschaftlichen Umständen verdankt. Dickmann behauptet, das Hauptstück der ursprünglichen Akkumulation sei „die Enteignung des Landvolkes in vielen Distrikten Englands, um den bis dahin angebauten Boden in Schaftriften zu verwandeln“. Diese Enteignung soll nach ihm aus rein ökonomischen Gründen vor sich gegangen sein, da erst „die rasche Ausdehnung des kapitalistischen Wollgewerbes den Übergang von Getreideproduktion zur Schafwollzucht rentabel machte“. Also, so schließt Dickmann, ist auch die Vertreibung der Bauern vom Lande — offenbar ein nicht-ökonomischer Vorgang — verursacht durch die wirtschaftliche Entwicklung und nicht umgekehrt, wie Marx und Oppenheimer meinen.

Ehe die Aussprache über das Grundsätzliche dieser Frage gefördert werden kann, kommt es zunächst einmal darauf an, die Tatsachen mit voller Genauigkeit wiederzugeben. Das soll hier heute versucht werden.

1.

Bei der Entstehung des modernen Industrie-Kapitalismus muß streng unterschieden werden zwischen der „Freisetzung“ von Arbeitern, die unter diesem kapitalistischen System ausgebeutet werden, und der Schaffung der Anfangskapitalien, mit denen diese Ausbeutung begonnen wurde. Nur das zweite ist, streng genommen, die „ursprüngliche Akkumulation“. Und für diese hat nun gerade die „Enteignung des Landvolkes“ eine Rolle gespielt, die verglichen mit der Zusammenraffung von Kapitalien durch die Ausplünderung Indiens und den Sklavenhandel — die beide auf brutaler, außerökonomischer Gewalt beruhen — unwesentlich ist.

2.

Für die Schaffung der Reservearmee aber muß auch wieder genau unterschieden werden, mit welcher Periode der englischen Wirtschaftsentwicklung man es zu tun hat. Dickmann bezieht sich im wesentlichen auf die Zeit des 14., 15. und 16. Jahrhunderts, und Oppenheimer antwortet ihm (in derselben Nummer des „Funken“) mit einem Beispiel aus dem 19. Jahrhundert. Nun haben aber die Untersuchungen von A. H. Johnson, R. E. Prothero und G. Slater einwandfrei gezeigt, daß die Verjagung des Landvolkes von Grund und Boden bis zum Ende des 16. Jahrhunderts sich auf nur etwa 3 Prozent des Bodens in England und Wales erstreckte und verhältnismäßig unbedeutend war, verglichen mit der Bodenspernung, die zwischen 1750 und 1850 in England vorgenommen wurde und die der Landbevölkerung etwa 13 Millionen von etwa 15 Millionen Acker Gemeinland raubte, die es 1750 noch gab und die etwa die Hälfte des Bodens in England ausmachten. Die Bodenspernung in den hundert Jahren um 1800 war daher mindestens zehn mal so bedeutsam wie der frühere Landraub.

In der Tat stammte die Mehrzahl der Arbeiter in der kapitalistischen Industrie jener Zeit, aus der eben damals vom Lande vertriebenen Bevölkerung. Oppenheimer tut also gut daran, ein Beispiel aus jener späteren Periode zu zitieren. Und die Bodensperre, um die es sich hier handelt, wurde durch Parlamentsbeschlüsse erreicht, die nur dadurch möglich wurden, daß die Grundherren die politische Macht hatten.

Daß die Umwälzung der landwirtschaftlichen Methoden, die nur durch Zusammenlegung und Einzäunung der bisherigen Gemeinäcker rentabel angewandt werden konnten, nur ein Vorwand war zur Vertreibung der Massen vom Grund und Boden geht klar daraus hervor, daß in manchen Gegenden Englands, zum Beispiel in Cornwall, Essex und Kent, die Zusammenlegung und Einzäunung der Felder von den Bauern selber und in solcher Weise vorgenommen wurde, daß auch nicht ein einziger Dorfbewohner sein Anrecht auf den Boden verlor. Auch in dieser Sache sind die Untersuchungen von Slater außerordentlich lehrreich.

3.

Aber fassen wir nun einmal die Periode ins Auge, mit der sich Dickmann beschäftigt. Natürlich wird nicht ge-

leugnet, daß es schon zu jener Zeit industrielles Proletariat gab, teils in der Hausindustrie, teils in den Werkstätten der großen Unternehmer in London und anderen Städten. In der Tat, nichts kann dies deutlicher beweisen als der blutige 1. Mai des Jahres 1517, an dem die Londoner Arbeiter gegen Ausbeutung und Arbeitslosigkeit demonstrierten. Aber woher rührt dieses Proletariat?

Hier kommen eine ganze Reihe von Umständen in Betracht, von denen die Vertreibung des Landvolkes zum Zwecke der Umwandlung des Ackerlandes in Schaftriften nur einer ist.

In erster Linie ist hier die künstliche Abkaspelung der Gilden zu nennen, die zum Zwecke der Ausschaltung der Konkurrenz von den Großunternehmern, mit Hilfe der politischen Vormachtstellung durchgeführt wurde, die sie in den Stadtverwaltungen genossen. So wie durch die Einführung des Großgrundbesitzes die Stufenleiter vom Landarbeiter zum selbständigen Bauern verschwand, so wurde durch die künstliche Beschränkung der Lehrlingszahl und besonders der Zahl der von den Gilden zugelassenen Meister die Stufenleiter vom Arbeiter zum selbständigen Handwerker zerstört. Und das zu einer Zeit, in der unter technischen Gesichtspunkten die Entwicklung der Produktionsmethoden es für Handwerksgesellen gerade leichter machte, selbständig zu werden. Die Untersuchungen, die von Unwin und seinen Schülern kürzlich in dieser Richtung angestellt worden sind, lassen sich leicht an der Hand der Schriftstücke aus der Zeit des 15. und 16. Jahrhunderts nachprüfen.

Anderer Umstände, die zur Schaffung des frühen Industrie-Proletariats beigetragen haben, sind der Raub des Kirchenlandes, auf dem viele Kleinbauern ansässig waren, der Raub des Gildenlandes, dessen Erträge früher den Gilden zur Unterstützung ihrer notleidenden Mitglieder gedient hatten, sowie die Entwertung des Geldes durch Fälschung des Silbergehaltes. All dies sind Dinge, die von Heinrich VIII. und seinen Nachfolgern zu dem Zwecke der Befriedigung ihres Verschwendungstriebes und zur Bestechung von Höflingen vorgenommen wurden, ohne deren Unterstützung die Könige ihre Machtgelüste nicht sättigen konnten. Man sieht, dies alles sind Dinge, die mit der ökonomischen Entwicklung verdammt wenig zu tun haben.

4.

Betrachten wir aber schließlich den Umstand, von dem Dickmann ausschließlich spricht — unter Weglassung anderer sehr wichtiger Ursachen der Entstehung des Industrie-Proletariats —, nämlich die Vertreibung des Landvolkes vom Boden zum Zwecke der Verwandlung von angebautem Boden in Schaftriften. Diese Vertreibung war überhaupt nur möglich, weil die Grundherren seit der Eroberung Englands durch die Normannen das Oberrecht über Grund und Boden erhalten hatten, eine ausschließlich politische Vormachtstellung.

Und der erste Anstoß zur Umwandlung von Ackerland in Schaftriften kam gar nicht aus der Nachfrage nach Wolle zu Industriezwecken, sondern aus der Tatsache, daß nach den Hungersnöten und der Pest des 14. Jahrhunderts Arbeitskräfte knapp und also teuer waren. Die Schafzucht aber erfordert weit weniger Arbeitskräfte als der Ackerbau. Erst nachdem aus diesem Grunde die Wollerzeugung ausgedehnt wurde und die Wollpreise fielen, wurde es für die Wollverarbeiter in England und Flandern vorteilhafter, englische Wolle zu verwenden, was sowohl der wollverarbeitenden Industrie als dann auch wieder der Schafzucht einen neuen Auftrieb gab. T. Rogers hat das im Einzelnen dargelegt.

Hätte in jener Zeit in England nicht das politisch begründete Obereigentum der Grundherren bestanden, so wäre nach der Pest, einfach ein Teil des Landes brach liegen geblieben, bis die Bevölkerung wieder hinreichend gewachsen wäre, ein landloses Proletariat wäre nie entstanden, die damals vorherrschenden Arbeitsbedingungen (achtstündiger Arbeitstag, eine Lohnhöhe, die es Handwerksgesellen erlaubte, die für sie und ihre Familie notwendige Nahrung in zehn Arbeitswochen pro Jahr zu erwerben) wären nicht verschwunden. Gerhard Kumbien.

# Arbeitsdienstpflicht gefährdet die Mark?

Daß die Arbeitsdienstpflicht geradezu zu einer Gefährdung der Mark führen kann, zeigt ein Kapitalistenblatt, der „Wirtschaftliche Ratgeber, der Ratgeber auf dem Kapitalmarkt“.

Er beschäftigt sich in einem Aufsatz mit der Frage, ob nach Lausanne die Mark noch gefährdet sei. Nachdem er zunächst darauf hinweist, daß die in Lausanne zurückgewonnene Autonomie der Reichsbank ihr auch die Freiheit gebe, eventuell durch ungedeckte Ausgabe von Banknoten zur Deckung des Kassenbedarfs des Reiches beizutragen, geht er auf eine noch größere Gefahr ein, die der Reichsmark droht:

„Die eigentliche Gefährdung kommt von anderer Seite, nämlich von den Reichsfinanzen. Der Etat balanciert auf dem Papier. Geht man aber die einzelnen Einnahmeposten durch, dann erkennt man, daß der Etat ein künstliches Balance ist. Hinzu kommen die Ausgaben für die vom Reichskabinett beschlossene Arbeitsdienstpflicht. Noch wissen wir nicht, woher die Mittel dafür kommen sollen. Es wird zwar behauptet, sie seien, wenigstens zum Teil, vorhanden. Wir glauben es nicht. Vor allem aber sind wir der Meinung, daß jeder Voranschlag über die Kosten der Arbeitsdienstpflicht hinter den wirklichen Aufwendungen weit zurückbleiben wird. Woher will man das Geld dafür nehmen? Wir fürchten, man wird versuchen, es sich über ein Bankenkonsortium zu verschaffen, das seinerseits auf die Reichsbank zurückgreifen kann. Das ist ein gefährlicher Weg, von dem man niemals im voraus weiß, wohin er führt. Denn wo liegt die Gewähr dafür, daß, wenn es heute gelingt, die Arbeitsdienstpflicht auf so bequeme Weise zu finanzieren, nicht morgen andere Leute kommen werden, die verlangen, daß man ihr Wohlfahrts-Unternehmen auf die gleiche Weise finanziert?“

Hier sehen wir im Augenblick die eigentliche Gefahr für die Stabilität der deutschen Währung . . .

Arbeitsdienstpflicht in Verbindung mit Inflation, — das wäre vielen Schwerindustriellen wohl noch angenehmer als nur Arbeitsdienstpflicht! H. Lm.

## DEUTSCHLAND

Die Betriebe der deutschen Industrie waren im Januar zu 35,5 Prozent ausgenutzt, und zwar die Betriebe der Produktionsgüterindustrie zu 31,2 Prozent und die Betriebe der Konsumgüterindustrie zu 41,3 Prozent.

Seit Beginn des Jahres ist die Ausnutzung der Produktionsgüterindustrien gestiegen (zum Teil im Zusammenhang mit den Rußland-Aufträgen); die Ausnutzung der Konsumgüterindustrien ist gesunken, eine natürliche Folge der Senkung der Massenkaufkraft. Während der einzelnen Monate verlief diese Entwicklung folgendermaßen:

	Produktionsgüterindustrie	Verbrauchsgüterindustrie
Januar . . . . .	27,6	41,6
März . . . . .	28,3	43,8
Mai . . . . .	31,3	42,0
Juni . . . . .	31,2	41,3

Rheinisch-westfälischer Industrie-Bezirk: 1929 waren rund 850 000 Erwerbstätige des Industriegebietes mittelbar oder unmittelbar für die Ausfuhr tätig, gegenwärtig nur noch rund 390 000. — Das Gesamtarbeitseinkommen (Arbeiter und Angestellte) hat seit 1929 um zwei Fünftel abgenommen.

Opel-Werke besser beschäftigt: Infolge Hebung des Absatzes von Automobilen und Fahrrädern ist die Arbeitszeit von zwei Tagen auf fünf Tage in der Woche verlängert worden.

## SCHWEIZ

Subventionen: Die Regierung subventioniert die Uhrenindustrie, Feinmechanische Industrie und Hotelbetriebe. — Der Generalsekretär des schweizerischen Eisenbahnerverbandes hat im Parlament den Antrag gestellt, auch die Verkehrsbetriebe, die infolge des Rückgangs des Fremdenverkehrs in Gefahr geraten, auf dieselbe Weise zu unterstützen. — Immer dasselbe: Einer beruft sich auf den anderen!